

Einleitung

„Aufbruch im Andreas-Hofer-Jahr“ habe ich diesen Dokumentenband für das Jahr 1959 genannt. Es ist ein Aufbruch in vielfacher Hinsicht. Die Südtirolfrage bekommt eine ganz neue Dimension – in der entschlossenen Zusammenarbeit zwischen Bozen und Innsbruck und deren gemeinsamen Bemühen, Druck auf die Regierung in Wien auszuüben. Das betraf die laufenden Gespräche in Wien zwischen dem italienischen Botschafter Gastone Guidotti und Staatssekretär Franz Gschnitzer und die Entschlossenheit, die Südtirolfrage zu internationalisieren. Es begann bereits im Januar 1959. Die Regierung in Rom verabschiedete am 16. Januar Durchführungsbestimmungen zum Volkswohnbau. Mit dieser Entscheidung brach in Südtirol die Krise offen aus. Die SVP zog 14 Tage später ihre Vertreter aus der Regionalregierung zurück und ging in die Opposition; die Region war damit gelähmt. Das war eine extreme politische Reaktion – die auch in Wien intensiv diskutiert worden war –, aber: Der Volkswohnbau berührte eine Grundfrage für die Existenz der Volksgruppe, er war lebenswichtig für die Südtiroler und gleichzeitig ein Maßstab für die Bedeutung des Autonomiestatuts als Mittel der Vertragserfüllung. Und die Regierung hatte gegen die Südtiroler entschieden.

Die Entscheidung der SVP kostete die Südtiroler Opfer, traf aber auch die Italiener. Die Region war das Lieblingskind der Democrazia Cristiana (DC). Die DC hatte immer das Bestreben, in der Region Ruhe zu haben, und hatte kein Interesse an einer Verschärfung der Lage. Sie betrieb eine Politik der Einschläferung; ihr ging es darum, das Regionalstatut als gut und für die Südtiroler tragbar hinzustellen. Nach außen hin sollte diese Einstellung ihre Kompromißbereitschaft beweisen. Der Mißerfolg bedeutete, daß die DC gescheitert war. Sowohl die DC wie die Region konnten nicht mehr den Beweis liefern, daß die Zusammenarbeit in der Region gut war. Es wurde ihnen damit die Rechtfertigung der Regionalautonomie erschwert. Der SVP-Beschluß war ein Schlag gegen die Doppelregion und zeigte, daß diese nicht geeignet war, die Interessen der Südtiroler zu wahren. Der Regionalgedanke hatte damit, wie SVP-Obmann Silvius Magnago später in Wien meinte, „Schiffbruch erlitten“. Wenn die durch die Regionalautonomie zu schützende Gruppe gezwungen war, in die Opposition zu gehen, war der Beweis erbracht, daß diese Autonomie ungeeignet war.

Zu diesem Zeitpunkt zeichnete sich auch bereits eine Verschärfung des österreichisch-italienischen Konfliktes ab. Am 11. Februar übergab Guidotti Außenminister Leopold Figl ein Aide Mémoire seiner Regierung, in dem von der Teilnahme offizieller österreichischer Vertreter an den in Südtirol zur Eröffnung des Andreas-Hofer-Gedenkjahres 1959 anberaumten Feiern „lebhaft abgeraten“ und die Möglichkeit vorbehalten wurde, die Einreise nach Italien all jenen zu verweigern, die aus irgendeinem Grund nicht die Gewähr bieten würden, die italienischen Gesetze und Vorschriften zu beachten – wobei die Auslegung mehr als dehnbar war. Fünf Tage später wurden dem Landeshauptmann von Tirol, Dr. Hans Tschiggfrey, sowie dem Tiroler ÖVP-Vorsitzenden und Landesrat Dr. Aloys Oberhammer tatsächlich die Einreise nach Südtirol verweigert. In Innsbruck traten daraufhin die Tiroler Landesregierung und der Tiroler Landtag zu Sondersitzungen zusammen. Dabei wurde spontan die einhellige Auffassung vertreten, daß die Würde des Landes Tirol auf das schwerste verletzt worden sei. Der Landtag protestierte „als Vertreter des gesamten Tiroler Volkes“ feierlich gegen diese „an faschistische Willkürakte erinnernden Maßnahmen der italienischen Regierung“. Gleichzei-

tig wurde von der Bundesregierung verlangt, mit Rom das Problem Südtirol zu klären und, falls es zu keinem befriedigenden Ergebnis komme, diese Frage den Vereinten Nationen zur Entscheidung vorzulegen.

Am 20. April kam es zum nächsten Eklat, als Figl die Südtirolfrage zum ersten Mal vor einem internationalen Forum erwähnen wollte, quasi als ersten Schritt zur „Internationalisierung“. In Straßburg trat die Beratende Versammlung des Europarates zu einer Gedenksitzung anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung dieser Organisation zusammen. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ministerkomitees hielt Figl die Festrede. Als er in seiner Rede zum Thema Südtirol kam, wurde er vom italienischen Delegierten Roberto Lucifero unterbrochen, der sich an den Vorsitzenden Fernand Dehousse mit einem Protestruf wandte, daß dieses Thema nicht zur Debatte stünde. Dehousse wies Figl an, sich auf das Thema zu beschränken. Figl verließ Straßburg unter Protest.

Rom fürchtete die Auseinandersetzung auf internationaler Ebene. Ziel der italienischen Politik war es daher, „jede österreichische Initiative, die Frage vor ein politisches Forum zu bringen (Europarat und UNO), zu blockieren“. Der Grund war klar: Dort würde Italien nicht nur auf der Anklagebank sitzen, „sondern früher oder später würde unsere eigene Souveränität zur Diskussion gestellt werden“, wie es in einem Memorandum des italienischen Außenministeriums vom 7. Juni 1959 hieß. Darin wurden auch einige andere Punkte ziemlich klar formuliert, die man so noch nie gehört hatte und die auch zeigen, daß man sich in Rom seiner Sache auch international nicht ganz so sicher war – trotz anderslautender Behauptungen. Da hieß es nämlich, daß Südtirol keine interne italienische Angelegenheit sei, sondern vor allem eine italienisch-österreichische Frage, und zwar infolge eines Vertrages zwischen den beiden Staaten; und es sei indirekt auch eine internationale Frage, da dieser Vertrag an den italienischen Friedensvertrag gebunden sei. Das war exakt die österreichische Sicht der Dinge.

Wie die Hardliner in Rom die Dinge sahen, wurde in der interministeriellen Sitzung im italienischen Außenministerium am 1. Juli 1959 deutlich. Das Ergebnis war für die Südtiroler und für Österreich niederschmetternd. Das macht jene Entscheidung verständlich, mit der die SVP-Spitze den neuen sozialistischen Außenminister Bruno Kreisky auf einer geheimen Sitzung in Innsbruck am 1. August 1959 überraschte. Man forderte die Selbstbestimmung, die noch im Herbst von Österreich in der UNO beantragt werden sollte. Kreisky blockte das geschickt ab. Ein Ergebnis dieser Sitzung war aber, daß er das Südtirolproblem erstmals vor der UNO erläutern sollte. Das geschah am 21. September. Kreisky machte dort auch klar, daß, sollten die Gespräche in Wien erfolglos bleiben, die Bundesregierung im darauffolgenden Jahr beantragen werde, die Südtirolfrage auf die Tagesordnung der UNO-Vollversammlung zu setzen.

Inzwischen wurde die interne Diskussion in Süd- und Nordtirol schärfer. Was wollte man: Landesautonomie oder Selbstbestimmung oder nur eine Aushöhlung der Region? Dies war die entscheidende Frage in den folgenden Wochen und Monaten. Aus Südtiroler Sicht verliefen die österreichisch-italienischen Gespräche in Wien erfolglos; man verwies auf eine Zusage von Bundeskanzler Julius Raab von Anfang 1959, in diesem Fall die Gespräche abubrechen und die Frage zu „internationalisieren“. Was aber hieß „Internationalisierung“? Der Internationale Gerichtshof in Den Haag, der Europarat in Straßburg oder die UNO? All das wurde damals intensiv diskutiert, während Gschnitzer Ende Oktober den Italienern ein Dokument überreichte, in dem klare Forderungen mit Blick auf die Autonomie Südtirols formuliert worden waren.

Am 7. Dezember 1959 hielt Gschnitzer im Rahmen einer Gedenkfeier des Bergisel-Bundes in Innsbruck aus Anlaß des 30. Todestages von Josef Noldin eine Rede, die zu massivem

italienischem Protest führte. Dieser verschärfte sich noch, als Gschnitzer wenige Tage später eine analoge Rede in Wien hielt. Die italienische Regierung reagierte am 23. Dezember mit einem Einreiseverbot gegen Gschnitzer, Landesrat Oberhammer und den geschäftsführenden Obmann des Bergisel-Bundes und Direktor des Tiroler Landesarchivs, Eduard Widmoser. Für Gschnitzer war klar, daß „sich die Neofaschisten mit ihren Auffassungen und Forderungen jetzt in Rom durchgesetzt haben“. Das Jahr 1959 ging jedenfalls für Österreich und Südtirol nicht gut zu Ende. Neben den Einreiseverboten war nämlich auch klar geworden, daß österreichische Hoffnungen auf eine Vermittlerrolle der USA unbegründet waren, wie Sondierungsgespräche in Washington ergeben hatten. Hinzu kam, daß in Südtirol inzwischen die Forderung nach Selbstbestimmung immer lauter erhoben wurde. Erkennbar war aber auch, daß die ganze Stimmung im Umfeld der 150-Jahr-Feier des Aufstandes unter Andreas Hofer gegen die französische Besatzung im Jahr 1809 die Eskalation in Richtung Gewaltausübung anheizte. Auf die weitere Entwicklung konnte man gespannt sein.

Zur Südtirolfrage habe ich mich in der Vergangenheit bereits mehrfach geäußert¹, für den Zeitraum, der mit dieser Aktenedition abgedeckt wird – 1959 bis 1969 –, am ausführlichsten in der dreibändigen Darstellung „Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969“; das Jahr 1959 dort im Band 1, S. 581–866, Bildteil S. 512–573.

Was ich dort zur Quellenlage und Qualität der Dokumente gesagt habe, gilt logischerweise auch für die vorliegende Edition, mit der der interessierte Leser nunmehr Gelegenheit erhält, jene Dokumente im Wortlaut lesen zu können, die ich für diese Darstellung benutzt habe – und sich selbst ein Urteil bilden kann, wie ich sie benutzt habe. Manche Aufgeregtheit – freundlich ausgedrückt – der sog. Südtirolaktivisten mit Blick auf diese drei Bände wird sich nach Lektüre der Dokumente hoffentlich legen.

Etliche Dokumente sind in Faksimile in „Diplomatie und Terror“ wiedergegeben, etliche Dokumente bereits in „Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente“ abgedruckt; auf sie wird jeweils entsprechend verwiesen.

Inzwischen sind noch zahlreiche Dokumente hinzugekommen, die ebenfalls erstmals abgedruckt werden. Die Edition erfolgt nach den gleichen Grundsätzen, wie sie in der 13bändigen Edition „Berichte aus Israel“ erfolgreich angewendet wurden.² Der letzte Band der Serie für die Jahre 1968/69 enthält ausführliche biographische Angaben zu den Hauptakteuren jener Jahre.

1 Folgende Darstellungen seien genannt:

Los von Rom? Südtirol 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, Innsbruck 1987, 405 Seiten.

Südtirol im 20. Jahrhundert. Vom Leben und Überleben einer Minderheit, Innsbruck 1999, 3. Auflage 2004, 624 Seiten.

Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck 1999, 418 Seiten.

Südtirol zwischen Diplomatie und Terror 1947–1969. Darstellung in drei Bänden, Bozen 1999, 2540 Seiten.

Alto Adige/Sudtirolo 1918–1999, Innsbruck 1999, 120 Seiten.

Südtirol. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck 2003 (erweiterte Auflage von „Südtirol 1918–1999“, 1999), 129 Seiten.

South Tyrol. A Minority Conflict of the Twentieth Century, New Brunswick (USA)/London 2003, 171 Seiten.

Neben zahlreichen Aufsätzen gibt es im Internet darüber hinaus unter www.rolfsteininger.at einen Schwerpunkt „Südtirol“, mit einem kurzen Essay, Literaturangaben und weiteren Links.

2 Vgl. Rolf Steininger (Hrsg.), Berichte aus Israel, 13 Bände, München 2004, Bd. 1, S. 41–44; dort auch Hinweise zur diplomatischen Berichterstattung, S. 33–40.

Die „Akten zur Südtirol-Politik“ (ASTP) 1959–1969 stammen aus folgenden Archiven:

1. Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Wien (ÖStA, AdR)
2. Tiroler Landesarchiv, Innsbruck (TLA)
3. Archiv der Südtiroler Volkspartei/Südtiroler Landesarchiv, Bozen (SLA)
4. Archivio Storico Diplomatico, Ministero degli Affari Esteri, Affari Politici, Rom (ASDMAE)
5. Archivio Centrale dello Stato, Presidenza del Consiglio dei Ministri, Rom (ACS, PC)
6. Stiftung Bruno Kreisky Archiv, Wien (StBKA)
7. Archiv der ÖVP im Karl Vogelsang Institut, Wien (AKVI)
8. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn/Berlin (PA)
9. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, München (BayHStA)
10. Archiv der Universität Innsbruck (UAI)
11. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck (IfZ, Innsbruck)
12. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien (IfZ, Wien)
13. Archiv Dr. Toni Ebner, Bozen (Ebner-Archiv)
14. Nachlass Kanonikus Michael Gamper, Bozen (Gamper-Nachlaß)
15. United Nations Archives, New York (UN-Archives)
16. The National Archive, Public Record Office, (Kew) London (PRO)
17. National Archives, Washington, D.C./College Park, Maryland (NA)
18. Archiv der Sozialen Fortschrittspartei (SFP)/Südtiroler Landesarchiv, Bozen (SLA)
19. Privatarchiv Dr. Heinz Damian (Wien)

Schon in meiner Arbeit „Zwischen Diplomatie und Terror“ habe ich allen Mitarbeitern der Archive herzlich gedankt. Diesen Dank möchte ich an dieser Stelle nachdrücklich wiederholen.

Die Aktenedition, deren erster Band hiermit vorgelegt wird, ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes, das der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung unterstützt hat. Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken.

Mein ganz besonderer Dank gilt jedoch erneut meinen Sekretärinnen: Frau Eva Plankensteiner, Frau Ingrid Voggenberger und Frau Mag. Ulrike Scherpereel. Sie haben die Dokumente in eine lesbare Form gebracht. Mein Dank gilt auch Frau Mag. Sabine Pitscheider und Herrn Mag. Harald Dunajtschik, die das Manuskript vor Drucklegung auf Fehler geprüft haben, sowie in Südtirol für ihre Hilfe Dr. Gerald Steinacher, Mag. Norbert Sparer und Dr. Alessandro Montoro, die sich um die „Feinkorrektur“ der italienischen Dokumente gekümmert haben.

Rolf Steininger
Innsbruck, im August 2005
www.rolfsteininger.at